83. Jahrgang № 22. Dienstag, 22. Januar 1924

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 19./1. bis 25./1. 1924 90 Goldpfennig. Einzelnummer 15 Goldpfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Ober-Zeilengebühr 5 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Phonola-Rollen
Passend für jedes Einbauinstrument, 75- und 88tönig
Größtes Künstlerrollen-Repertoire / Abonnement / Günstige Bedingungen /
Ludwig Hupfeld, A.-G.
Dresden-A., Waisenhausstraße 24

Koffer
Enterlein
Waisenhausstr. 23

Hotel Stadt Gotha
verbunden mit vornehmem Bier- u. Weinrestaurant
Mittag- und Abendgedecke
Pilsner Urquell : Kulmbacher
Anerkannt vorzügliche Küche. — Fest- u. Unterhaltungsräume.
August Kögel, Hofl.

Das Kabinett Baldwin gestürzt.

Eine Mehrheit von 72 Stimmen gegen Baldwin — Clives Pfalzbericht im Unterhaus — Dr. Schacht vor den Sachverständigen.

Annahme des Mißtrauensvotums.

London, 21. Jan. Der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei ist mit 328 gegen 256 Stimmen angenommen worden. (W. T. B.)

Die Debatte im Unterhaus.

London, 21. Jan. Das Unterhaus war bei seinem Zusammentritt in Anbetracht der entscheidenden Debatte und Abstimmung dicht besetzt. Es herrschte eine erwartungsvolle Stimmung. Ein Parlamentsmitglied fragte, ob schon irgendeine Regelung erzielt worden sei zwischen der britischen Regierung und den deutschen Finanzvertretern, die heute in London sind, bezüglich der **10prozentigen Reparationsabgabe,** und wenn keine Regelung erzielt worden sei, ob die Regierung bereit sei, zeitweilig diese Abgaben aufzuheben. **Neville Chamberlain** erwiderte, Verhandlungen seien im Gange und er sei bestimmt nicht bereit, der angeregten Aufhebung zuzustimmen. Auf die Frage, ob ihm bekannt sei, daß französische und holländische Kaufleute deutsche Waren ohne Bezahlung dieser Abgabe anbieten, erklärte Chamberlain, ihm sei das nicht bekannt, aber es sei wohl möglich.

Die Debatte über den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei wurde von dem liberalen Führer Sir John Simon aufgenommen. Er sagte, selbst die Leute, die sich dem Antrage widersetzten, glaubten kaum, daß das Land irgendwelches Vertrauen zur Regierung habe. Er kritisierte die Regierung, weil sie nicht unverzüglich nach den Wahlen zurückgetreten sei. **Das Land brauche vor allem die Beseitigung einer Regierung, die eingestanden habe, daß sie ein wichtiges Problem nicht förderlich behandeln könne, und ihre Ersetzung durch Leute, die auf jeden Fall hofften, daß sie es könnten.** Simon protestierte gegen die Annahme, daß die Uebernahme der Regierung durch den Führer der Opposition im Unterhaus, **wie es augenblicklich besetzt sei, bedeute,** daß von heute auf morgen **Großbritannien ein sozialistischer Staat** werden würde. Die Wählerschaft habe gleichermaßen verworfen die wilden Experimente sowohl des Schutzzolles, als des Sozialismus. Es sei jedoch eine große Mehrheit von Stimmen vorhanden zugunsten eines neuen Geistes in der Regierung und zugunsten der Politik in auswärtigen und inneren Angelegenheiten, die billiger Weise als gemeinsames Gut der Liberalen und der Arbeiterpartei bezeichnet werden müßten. In Zusammenfassung der Erörterung des Mißtrauensantrages der Arbeiterpartei erklärte **Sir John Simon: Die Hauptpflicht des Hauses ist, die unfähige Regierung Baldwins zu beseitigen. Ich hoffe, daß eine Regierung der Arbeiterpartei unter wohlwollender Haltung aller Parteien das Amt übernehmen wird.**

Austen Chamberlain, der Simons Rede scharf kritisierte, erklärte, das Land habe niemals angenommen, daß Asquith eine sozialistische Regierung zur Macht bringen werde. **Infolge dieser Aktion werde Asquith in der Geschichte als der letzte liberale Premierminister dastehen.** Bei der nächsten Wahl werde das Land sich entweder für die Arbeiterpartei oder für die Konservativen aussprechen.

Auf Chamberlain folgte **Margarete Bondfield,** die die Regierung infolge ihres Versagens in der Arbeitslosenpolitik angriff.

Baldwin

verteidigte die Politik der Regierung und erklärte, wenn sie heute nacht beseitigt werden sollte, würde sie ihren Nachfolgern keine ungelösten Probleme, außer der Reparationsfrage, der französischen Frage und der Frage der Arbeitslosigkeit, hinterlassen. Die Zukunft liege zwischen der konservativen und der Arbeiterpartei.

*

London, 21. Jan. „Daily Telegraph" zufolge würde Baldwin nach der heute zu erwartenden Niederlage der Regierung morgen dem König sein Rücktrittsgesuch unterbreiten. Ramsay Macdonald wird mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt werden. Er wird aber wenigstens zwei Wochen brauchen, bevor er dem Parlament seine ministerielle Erklärung wird abgeben können.

Macdonalds voraussichtliches Kabinett.

London, 21. Jan. „Sunday-Times" teilt auf Grund von Informationen von einflußreicher Stelle folgende voraussichtliche Zusammensetzung des neuen Arbeiterkabinetts mit:

Premierminister und Staatssekretär des Aeußeren Ramsay Macdonald,
Geheimer Siegelbewahrer Clynes,
Lordkanzler Lord Parmour,
Schatzkanzler Snowden,
Finanzsekretär des Schatzamtes Garham,
Innenminister Henderson,
Kriegsminister Thomas,
Erster Lord der Admiralität Lord Haldane,
Kolonialsekretär Wedgewood oder Benn Spoon,
Präsident des Landwirtschaftsamtes Buxton,
Arbeitsminister Sidney Webb,
Gesundheitsminister Wheaten,
Unterrichtsminister Trevelyan,
Pensionsminister Roberts.

Die Arbeit der Sachverständigenausschüsse.

Barthou an den zweiten Ausschuß.

Zusammentritt des zweiten Ausschusses unter Mac Kenna

Paris, 21. Jan. Der Vorsitzende der Reparationskommission Barthou erklärte in seiner Begrüßungsansprache an die Mitglieder des zweiten Sachverständigenkomitees, das heute vormittag 11 Uhr zusammentrat: **Das Problem der deutschen Kapitalflucht läßt sich mit größerer Bestimmtheit aufrollen, als lösen.** Es ist unmöglich, eine Untersuchung zu vermeiden. Weit entfernt, die dem Budgetausgleich und der Stabilisierung der Währung abträgliche Kapitalflucht zu leugnen, hat die deutsche Regierung eine Reihe legislativer und administrativer Maßnahmen getroffen, um diese einzudämmen. **Der hervorragende englische Sachverständige Mac Kenna hat im Dezember 1923 die auf diese Weise nach dem Auslande abgewanderten deutschen Kapitalien auf keinen geringeren Betrag als eine Milliarde Dollar geschätzt und unter besonderen Bedingungen deren Rücklauf in Betracht gezogen, um sie der Reparationskommission zu übergeben.** Es wird Ihre Aufgabe sein, die Art der Verwendung der in Frage stehenden Beträge und die zur Vorbereitung ihrer Rückführung geeigneten Methoden ausfindig zu machen. Es ist zu hoffen, daß sie von der deutschen Regierung unterstützt werden, deren Vertreter wiederholt erklärten, der Versuch zur Rückführung der Auslandskapitalien würde ihre tätige Unterstützung finden. Die beiden Sachverständigenkomitees sollen einander unterstützen und zusammenarbeiten, ohne daß das eine das andere übergeht. Die ganze Welt ist an Ihren Bemühungen interessiert, von denen zum Teil ihr Gleichgewicht abhängt. Die Beteiligung amerikanischer Staatsbürger an den Arbeiten der alliierten Sachverständigen ist eine bedeutsame Tatsache. Ich lege Wert darauf, ihre Wichtigkeit nochmals zu unterstreichen.

Darauf übertrug Barthou dem englischen Sachverständigen Mac Kenna den Vorsitz des Ausschusses. In der Antwort auf die Ansprache Barthous entschuldigte sich

Mac Kenna,

keine Rede vorbereitet zu haben, weil die verspätete Ankunft ihm keine Zeit dazu gelassen habe. Auf alle Fälle könne er nichts besseres tun, als die Worte zu bestätigen, zu sie sich sogar zu eigen zu machen, die vor acht Tagen Gen. Dawes gesprochen habe und die in der ganzen Welt Widerhall gefunden hätten. Das Komitee wird die Untersuchung mit jener Ruhe und jenem gesunden Menschenverstand vornehmen, die für die Lösung unerläßlich seien. Er betrachte diese Arbeit der beiden Kommissionen als ein neues Beispiel für das aufrichtige Zusammenwirken der Teilnehmer des großen Krieges. Er glaube an dieses Zusammenwirken. **Es treffe zu, daß er sich früher erlaubt habe, die Werte, die Deutschland im Auslande besitze, abzuschätzen. Das sei die rein persönliche Schätzung eines Privatmannes gewesen.** Dagegen werde jede Schätzung, zu der die zweite Kommission gelange, durch jene Autorität gekennzeichnet sein, die die Kommission durch ihre Einladung den Sachverständigen verliehen habe. **Er sei sicher, daß seine Kollegen durch das, was er in der Vergangenheit etwa geäußert habe, nicht im mindesten in Verlegenheit geraten würden, wenn sie fänden, daß ihre gemeinsamen Nachforschungen seine Schätzungen nicht bestätigten.** Der Vorsitzende der Reparationskommission habe ihm die Ehre erwiesen, ihn um Uebernahme des Vorsitzes zu bitten. Er sei sicher, daß jedem von seinen Kollegen in dieser Beziehung größere Kompetenz zugekommen wäre, insbesondere dem amerikanischen Sachverständigen Robinson, indessen nehme er in Bescheidenheit den ihm angebotenen Vorsitz an. (W. T. B.)

Die erste Sitzung.

Paris, 21. Jan. Der zweite Sachverständigen-Ausschuß hat in seiner Nachmittagssitzung, die von 3 bis 5,30 Uhr dauerte, einen allgemeinen Meinungsaustausch über seine Aufgaben gepflogen und beschlossen, **die Anwesenheit Dr. Schachts in Paris zu benutzen, um von ihm Erklärungen über die deutschen Auslandsguthaben und die Möglichkeit ihrer Zurückführung entgegenzunehmen.** Havas zufolge hat Dr. Schacht diese Frage bereits heute im ersten Sachverständigen-Ausschuß gestreift durch einen Hinweis darauf, daß die Einführung der von ihm geplanten deutschen Goldwährung diese Rückführung begünstigen werde. Dr. Schacht hat, wie Havas mitteilt, nach Schluß der Sitzung des ersten Komitees Journalisten erklärt, er habe sich verpflichtet, über die Sitzung Stillschweigen zu bewahren Alles, was er sagen könne, sei, daß er **noch einige Tage in Paris bleibe.**

Das englisch-französische Zerwürfnis am Rhein.

Poincarés sinkender Stern.

Frankreich befindet sich seit einigen Wochen in peinlichster Verlegenheit, die es trotz aller großen Geste und der äußerlich zur Schau getragenen Ruhe nicht von sich abzuschütteln vermag. Der Franken schwankt, die Teuerung wächst, die Bevölkerung ist unzufriedener, in gewissen Kreisen auch vergnügungssüchtiger denn je. Luxus und Mode, diese beiden dem französischen Wesen unzertrennbar, verknüpften Charakteristika, feiern Orgien, wie sie seit der Grande Revolution nicht wieder dagewesen sind. Man braucht nur einen Blick in ein beliebiges Pariser Boulevardblatt zu werfen, um sich darüber zu vergewissern, daß diese Summe schreiender Anpreisungen von wechselvollem Lebensgenuß auch nach französischem Maßstab gemessen etwas Unnatürliches darstellt, daß es der Fieberschauer einer plötzlichen Erkrankung ist, der den französischen Volkskörper erbeben macht. Und was der Spiegel der öffentlichen Meinung an der Seine, die Pariser Presse, widerstrahlen läßt, die Unruhe, die Angst, die gesteigerte Nervosität der Bevölkerung, das findet einen gleichen, dazu noch wesentlich bedeutsameren Ausdruck in den Vorgängen, die sich in der letzten Woche im Parlament zugetragen haben. Zweimal hat Poincaré an zwei aufeinanderfolgenden Tagen sich das Vertrauen der Kammer aussprechen lassen. Das erste Mal haben es ihm die Parteien mit 394 gegen 180, das zweite Mal mit 360 gegen 218 Stimmen zugebilligt. Wenn diese doppelte Vertrauensforderung an sich schon seltsam anmutet, so ist das erzielte Ergebnis noch weit merkwürdiger. Zwischen zwei Tagen wächst die Opposition gegen Poincaré um 38 Stimmen. Hätte er das Einverständnis der Abgeordneten zu seiner Politik ein drittes Mal herausgefordert, es wäre nicht unmöglich, ja sogar wahrscheinlich gewesen, daß sich die Zahl seiner Anhänger mit mathematischer Progression noch weiter vermindert hätte. Aber auch ohne dieses dritte Menetekel wird Poincaré nunmehr wissen, daß sein Stern nicht nur in der weiten Welt draußen, sondern auch in seiner engeren französischen Heimat, die mit so unglaublicher Zähigkeit jahrelang an ihm festgehalten hat, als ein sinkendes Gestirn betrachtet wird. Er hat auch schon von dem bei Ministerpräsidenten immer verdächtigen Wort Gebrauch gemacht, daß er nicht an seinem Amte hänge und daß er, wie immer, alles „für das Wohl Frankreichs" zu tun gewillt sei. Und vielleicht ist die Stunde gar nicht mehr so ferne, die ihn in offener parlamentarischer Feldschlacht fallen oder bei Millerand anklopfen sehen wird, um in der Gewißheit seines bevorstehenden Sturzes sein Portefeuille „freiwillig" zur Verfügung zu stellen.

Wenn andere Ministerpräsidenten Europas in solcher Situation mehr oder weniger die Ungunst der Verhältnisse für ihren Mißerfolg in Anspruch nehmen durften, so wird er von dieser Entschuldigung keinen Gebrauch machen können. Er hat sich selbst und sein Land aus eigenster Kraft, aus eigenster böswilliger Verranntheit, trotz tausender Warnungen und Fingerzeige vor aller Welt ruiniert, wie es kein anderer Politiker jemals in so offensichtlicher Weise getan hat. Amerika war gewiß bis in die letzte Zeit hinein frei vom Verdacht, franzosenfeindlich zu sein. Die amerikanische Presse, die noch im letzten Jahre für Foch und Clemenceau gelegentlich ihrer Propagandareisen allerlei Liebenswürdigkeiten zu sagen wußte, hütete sich, Frankreich die ungeschminkte Wahrheit zu sagen. Jetzt scheint sich drüben ein Umschwung in der Beurteilung der französischen Politik vorzubereiten. Neben den bekannten Ausführungen des Generals Dawes vor der ersten Sachverständigenkommission spricht eine Fülle kritischer Stellungnahmen führender amerikanischer Blätter für diese Tatsache, unter denen die Reiseberichte des eben aus Frankreich und aus dem Ruhrgebiete zurückgekehrten Senators La Folette in der Baltimorer „March of Events" eine besonders eindringliche Sprache reden. Vernichtend ist die darin enthaltene Enthüllung der französischen Ziele für Poincaré, vernichtend die Schilderung der brutalen Gewaltvorgänge im besetzten Gebiete für seine Helfershelfer.

Und ähnlich tiefgreifend ist die Abkehr von Frankreich in England. Der Leitstern der konservativen Regierung Baldwin, die in diesen Tagen ihren Todeskampf kämpft, war von Anfang an: Freundschaft mit Frankreich, Erneuerung und Vertiefung der Entente cordiale um jeden Preis! Wenn trotzdem der britische Schatzkanzler Nevil Chamberlain in der Unterhaussitzung am Freitag in unmißverständlicher Anspielung auf Frankreich die Worte brauchen konnte, es könne der Augenblick kommen, in dem eine Nation zwischen der Durchführung ihrer Ansicht oder der einzig möglichen Alternative, dem Kriege, wählen müsse, dann ist das ein Beweis